

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland



Für den Indo-Pazifik vorgesehen: Fregatte «Hamburg». Bild: Bundeswehr

Fregatte im Indo-Pazifik

Im Zuge wachsender Sicherheitsherausforderungen im indo-pazifischen Raum hat sich die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer dazu entschlossen, im Laufe dieses Jahres eine Fregatte auf Patrouille in den Fernen Osten zu schicken. Auch die bilaterale Zusammenarbeit soll mit bestimmten Ländern verstärkt werden. Konkret geht es um die Einschiffung von deutschen Offizieren in australische Marineverbände. Damit schliesst die Bundeswehr zu Frankreich auf, das als erstes europäisches Land bereits seit 2018 über ein Sicherheitskonzept zum Indo-Pazifik verfügt, die entsprechende Strategie wurde 2019 nachgereicht. Deutschland wählte einen regierungsübergreifenden Ansatz und hofft seit letztem September, dass seine «Indo-Pazifik-Leitlinien» dereinst einen

gesamteuropäischen Ansatz mitgestalten werden. Entsprechend ist Kramp-Karrenbauer auch überzeugt, «dass territoriale Streitigkeiten, Verletzungen des Völkerrechts und Chinas Ambitionen auf globale Vorherrschaft nur multilateral angegangen werden können». Wie Deutschland dies mit lediglich einer Fregatte bewerkstelligen will, wollte die Verteidigungsministerin indes nicht sagen. Sie weigerte sich, konkrete Aussagen über die Aufträge ihres Schiffes zu machen. Ob es gar zu Freedom of Navigation Operations (FONOPS) vor von China beanspruchten Küstengebieten kommen wird, muss bezweifelt werden. Bisher betätigte sich lediglich die US Navy in diesem teils heiklen Operationsfeld. Für Deutschland geht es aber primär um das Aussenden von klaren politischen Signalen. Seine Haltung gegenüber Peking wird nämlich zunehmend von Bedenken geprägt.

Griechenland

So geht Kampffjetbeschaffung

Im letzten September erklärte Premierminister Kyriakos Mitsotakis, dass sein Land neue Kampffjets kaufen werde. Die parlamentarische Kommission für Rüstungsbeschaffung gab dafür am 17. Dezember grünes Licht. Nicht einmal einen Monat später war die Beschaffung von 18 Rafale-Kampffjets (12 gebraucht und 6 neu ab Werk) im Wert von 1,92 Milliarden Euro unter Dach und Fach. Ebenfalls Lenkwaffen und Wartungsintervalle für weitere 400 Millionen Euro. Den Vertrag dazu sicherten sich der griechische Rüstungschef Generalleutnant a.D. Theodoros Lagios zusammen mit Dassault CEO Eric Trappier am 25. Januar in Athen. Mit von der Partie waren die Verteidigungsminister beider Länder. Frankreichs Florence Parly zeigte sich hocherfreut über diese «durch und

durch europäische Wahl» der Griechen. Und Dassault erhält seinen ersten europäischen Kunden ausserhalb Frankreichs überhaupt. Vier griechische Piloten sind bereits in Frankreich im Training. Ausgeliefert wird ab Juli 2021. Je eine Maschine pro Monat. Die sechs neuen Jets werden im Frühjahr 2022 überstellt, bis Anfangs 2023 wird das Geschäft abgewickelt sein. Das alles in einem Zeitrahmen von knapp zwei Jahren. Dassault garantiert Unterhalt und Service «auf höchstem Level» für weitere viereinhalb Jahre. Laut Frankreich eine «unerlässliche Zusammenarbeit zu Gunsten der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und um sicherzustellen, dass hier Gesetz und unsere Freiheit weiterhin respektiert werden». Kaum zurück in Paris bestätigte Parly die Neubeschaffung von zwölf Rafales des Typ F3Rs für ihre Armée de l'Air.



18 Kampffjets für Griechenland. Bild: Griechisches Verteidigungsministerium

Russland

Durcheinander um Open Skies Verträge

Nach dem Rückzug der USA aus den Open-Skies-Verträgen im November des letzten Jahres hat nun auch die russische Regierung den Stecker gezogen. Damit dürfte dieses

aus dem Jahr 1992 stammende «Parade-Abkommen», das als gegenseitige vertrauensbildende Massnahme im erweiterten OSZE Raum per 2002 in Kraft trat, mit grosser Wahrscheinlichkeit gescheitert sein. Immerhin gab die neue US-Administration unter Präsi-

dent Joe Biden bekannt, dass mit genügend politischem Willen eine Chance bestehe, Open Skies zu retten. Aktuell gibt es noch 33 Vertragsstaaten, bis auf Kanada alle in Europa. Erlaubt ist, unbewaffnete Aufklärungsflüge über anderen Staaten durchzuführen, um Bilder

von militärischen Aktivitäten und Streitkräften zu sammeln. Diese werden unter allen Mitgliedern geteilt.

Seit Bestehen gab es weit über 1500 Open-Skies-Flüge. Nun erklärte – nicht ganz unerwartet – der Kreml am 15. Januar, dass Russland den



Letzte Landung? Russische TU-154 «Open Skies». Bild: Cargospotter

Rückzugprozess einleiten werde. Das Aussenministerium präzisierte, «es geht darum, dass die noch bestehenden Vertragspartner, besonders die NATO-Verbündeten, mit grosser Wahrscheinlichkeit Daten und Bilder von Russlandflügen mit den USA teilen werden. Da wir für gleich lange Spiesse sind, wollen wir das verhindern». Für Biden tickt die Uhr, denn das Abkommen hat aktuell keine Priorität. Auch wenn er bemerkte, «dass die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten davon profitieren würden, wenn wir wie bis anhin kurzfristig beobachten könnten, was Russland und andere Länder in Europa mit ihren Streitkräften tun». Ein Wiedereintritt ist auch staatspolitisch schwierig. Ein neues Ope Skies kommt im US-Senat nur mit Zweidrittelmehrheit durch. Aufgrund der aktuellen Sitzverhältnis-

se müssten also 17 Republikaner ihren ehemaligen Kurs ändern und neu den Verträgen zustimmen. Die Hoffnung ruht auf der NATO, die aktiv werden könnte, wenn es denn tatsächlich darum ginge, die Verträge zu retten. Notabene in einer Zeit anhaltender strategischer Spannungen zwischen den West- und Ostmächten, einer sich noch nicht klar abzeichnenden (neuen) US-Aussenpolitik und gesteigerten russischen Grossmachtambitionen.

Als Vermittlerin in diesem Durcheinander betritt deshalb das neutrale Schweden die Bühne. Aussenministerin Ann Linde gab bekannt, dass Stockholm darum bemüht sein wird, «die USA wieder an Bord zu holen und gleichzeitig Russland vom geplanten Austritt abzubringen». Schweden hält in diesem Jahr den OSZE-Vorsitz.

USA / Naher Osten

US CENTCOM – Präsenzpatrouillen über dem Nahen Osten

Schon im ersten Monat des Jahres konnte die US Air Force drei erfolgreiche Langstreckenpatrouillen im Nahen Osten durchführen. Dabei ging es darum, das «anhaltende Engagement der US-Streitkräfte zu Gunsten der regionalen Sicherheit im Nahen Osten zu demonstrieren», so Viersternegeneral und Kommandeur des US Central Command (CENTCOM) Frank McKenzie. Es war insgesamt der fünfte Einsatz dieser Art in drei Monaten. Für den CENTCOM-Chef ist klar, dass durch diese Missionen «die Integration mit regionalen Partnern und damit auch die eigene Einsatzbereitschaft verbessert und gleichzeitig unseren Freunden sowie potenziellen Gegner eine klare und konsistente Botschaft

im weiteren operativen Umfeld ausgesendet wird». Für solche Operationen stehen ihm die B-52 Stratofortress zur Verfügung, welche in der Regel in den USA starten (auch das HQ von CENTCOM befindet sich in Florida). Die Präsenzpatrouillen sollen derzeit im Besonderen den Iran abschrecken. Nicht zuletzt aus dieser Überlegung hat die scheidende Trump-Administration noch kurz vor Amtsübergabe am 15. Januar veranlasst, dass Israel ab sofort aus dem Zuständigkeitsbereich des United States European Command neu dem CENTCOM zugeordnet wird. Für Präsident Joe Biden offenbar nachvollziehbar, denn Ende Januar navigierten zwei B-52 Bomber mit eingeschaltetem Transponder direkt vom Mittelmeer her über Israel und weiter in die Golfregion, wo sie offenbar in Katar zwischenstationiert wurden.



Kampffjets der USA und Saudi-Arabiens begleiten eine B-52 über der arabischen Halbinsel. Bild: Royal Saudi Air Force

Iran

Wie weiter mit dem Atomabkommen?

Anfangs Jahr hat die Islamische Republik bestätigt, wieder Uran herzustellen, das auf 20 Prozent angereichert wird. Der Verstoß gegen das Atomabkommen von 2015 ist damit offiziell. Regierungssprecher Ali Rabiei erklärte dazu im Januar, dass «in der Atomanlage Fordo, südlich von Teheran, ab sofort pro Jahr 120 Kilogramm Uran hergestellt werden». Damit werde das

neue Atomgesetz von November 2020 umgesetzt. Präsident Rouhani gibt sich skeptisch, aber akzeptiert den Parlamentsbeschluss und stützt damit die Verfassung. Gleichzeitig bedeutet dies, dass keine UNO-Atominspektoren mehr ins Land gelassen werden. In Washington wird derweil die neue Administration unruhig, denn für die USA mag sich die iranische Ankündigung wie eine sich selbst erfüllende Prophezei anhören. War doch Ex-Präsident Trump der klaren

Überzeugung, dass der Atomdeal, bekannt als Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) mit dem Iran, der am 14. Juli 2015 nach 13-jähriger Verhandlungszeit von den USA, China, Russland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland sowie dem Iran unterzeichnet wurde, eine untaugliche Abmachung darstellte. Das führte zum einseitigen Ausstieg im Jahr 2018. Präsident Biden wird nun das beinahe Unmögliche versuchen, und hofft auf

den direkten Dialog mit dem Iran, nicht ohne sein Herantasten eng mit Israel und den Golf-Verbündeten abzugleichen. Es heisst, das designierte Ziel sei es, die Atomverträge wieder zu aktivieren. Unterstützt wird dabei bereits eine imposante militärische Drohkulisse zwecks Abschreckungseffektes im gesamten Nahen Osten aufgebaut. Offenbar hat Bidens Team bereits seit längerem mit den Iranern zu verhandeln begonnen. Denn der Aussenminis-

ter in Teheran, Mohammad Javad Zarif, sprach unmittelbar nach Bidens Amtübernahme klare Worte: «Es gibt keinen Weg zurück zu den Verträgen, ausser sämtliche Sanktionen, die unter Trump neu verhängt oder angepasst wurden, bedingungslos und mit voller Wirkung rückgängig zu machen.» Inwieweit es den Amerikanern gelingen wird, den JCPOA zu reaktivieren, scheint fraglich. Denn Israel befürchtet derzeit, dass der Iran binnen einem halben Jahr eine Atombombe bauen könnte. Ein Alleingang könnte sich

einmal mehr abzeichnen. Bereits warnte der israelische Generalstabschef Aviv Kochavi im Februar vorsorglich, dass für ihn eine Rückkehr zum alten JCPOA inakzeptabel ist: «Ich möchte meine Position bezüglich der Atomverträge klarstellen – selbst ein verbessertes Abkommen wird auf strategischer Ebene ein schlechtes Abkommen sein. Deshalb darf das nicht ermöglicht werden.» Dabei wies er seine Generäle an, ihm sofort erweiterte Angriffsoptionen gegen den Iran vorzubereiten.

Taiwan

Chinas Kampf gegen die Unabhängigkeit

China verschärft seinen Tonfall gegenüber Taiwan und droht als Reaktion auf angebliche Unabhängigkeitsbestrebungen mit Krieg. Die jüngsten Militäraktionen in der Strasse von Taiwan seien eine Antwort auf Einmischungen durch ausländische Kräfte und Provokationen derjenigen, die nach Unabhängigkeit strebten, sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums Wu Qian in Peking.

Eine «Handvoll Leute» in Taiwan wollten die Loslösung von China. Aber wer mit dem Feuer spiele, werde sich verbrennen. «Taiwans Unabhängigkeit bedeutet Krieg», betonte Wu. Taiwan gehöre untrennbar zur Volksrepublik China, dessen Streitkräfte würden auf Provokationen und Einmischungen des Auslandes reagieren. Taiwan hatte im Verlaufe des Januars und Februars 2021 wiederholte Verletzungen seines Luftraums durch chinesische Militärflugzeuge gemeldet.

US-Präsident Joe Biden sicherte dem Inselstaat Unterstützung zu und unterstrich so die Rolle der Vereinigten Staaten als Schutzmacht. Die

USA forderten die Volksrepublik daher auf, ihren militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Taiwan einzustellen und den Dialog aufzunehmen. Ein Verband um den Flugzeugträger «USS Theodore Roosevelt» kreuzte laut US-Militär



Chinesische Kampfflugzeuge beim Start.

Bild: Xinhua

in dem Gebiet im Südchinesischen Meer, um «die Freiheit der Meere zu sichern.»

China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz und droht allen Staaten, die seine Unabhängigkeit anerkennen, mit Konsequenzen. Die Führung in Peking ist überzeugt, dass die demokratisch gewählte Regierung Taiwans auf eine formelle Erklärung der Unabhängigkeit zusteuert. Taiwans Präsidentin Tsai Ing Wen dagegen hat mehrfach erklärt, das Land sei bereits unabhängig und trage den Namen Republik China.

Myanmar (Burma)

Viele Fragen rund um den Putsch

Das Militär übernahm erneut die Macht im Land und rief einen einjährigen Ausnahmezustand aus. Die Führung der demokratisch gewählten Regierungspartei NLD (National League of Democracy) der De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi wurde festgesetzt. Auch einige Abgeordnete wurden in einem Hotel in der Hauptstadt Naypyidaw in Gewahrsam genommen. Ausserdem wurde laut Beobachtern eine grosse Anzahl an Aktivisten der «1988-Generation» festgenommen. Damals gab es in Myanmar einen grossen Aufstand, bei dem sich die junge Suu Kyi als Demokratie-Ikone profilierte.

Telefon- und Internetverbindungen wurden zumindest zeitweise gekappt, laut Augenzeugen war verstärkte Militärpräsenz auf den Strassen von Rangun und Naypyidaw zu sehen.

Warum putscht das Militär jetzt? Der Grund sei Wahlbetrug bei der Parlamentswahl im vergangenen November, gab das Militär bekannt. Tatsächlich wurde im Vorfeld der Wahlen auch von internationalen Beobachtern kritisiert, dass viele Menschen nicht zur Wahl zugelassen wurden. Vor allem in den Regionen mit mehrheitlich ethnischen Minderheiten wurden wegen Sicherheitsbedenken die Wahlen abgesagt. Das ist aber nicht, was das Militär anprangert.

Das Militär sitzt doch trotzdem fest im Sattel. Warum putscht es? Das Militär halte zwar laut Verfassung automatisch 25 Prozent der Sitze, doch seine Partei erlitt eine herbe Niederlage bei den Wahlen. Das Militär wollte sich keine Blösse geben und seine Macht sichern.

Hatte sich das Land in den vergangenen zehn Jahren nicht eher demokratisiert? In den vergangenen zehn Jahren hat Myanmar eigentlich eine Phase der Demokratisierung erlebt. Nach fast 50 Jahren Militärdiktatur wurde 2008 eine Verfassung verabschiedet, die einige Jahre später auch die ersten freien und fairen Wahlen seit langer Zeit zulies. Schon Ende der 1980er-Jahre hatte es Aufstände gegen die Bedingungen im Land gegeben, die aber brutal niedergeschlagen wurden. Suu Kyi, damalige Demokratie-Ikone und Friedensnobelpreisträgerin von 1991, verbrachte die darauffolgenden Jahre fast ständig unter Hausarrest.

Wie viel Rückhalt hat Aung San Suu Kyi in Myanmar? Wie auch die Wahlergebnisse zeigen, ist die Unterstützung für Suu Kyi vor allem unter der Mehrheitsbevölkerung der Bamar ungebrochen. In den vergangenen Jahren wurde aber Kritik laut, dass sie zunehmend einen autoritären Stil des Militärs übernehme. So wurden unter ihrer Führung politische Aktivisten festgenommen, Minderheiten in dem Vielvölkerstaat fühlten sich oft ausgegrenzt. Vor allem die Situation der Rohingya hat international für Aufschreie gesorgt, weil sich Suu Kyi nicht für die Anliegen der verfolgten Muslime einsetzte, sondern deren brutale Unterdrückung und Verfolgung verteidigte.

Wie kann es weitergehen? Das Militär versprach, im Laufe des nächsten Jahres «freie und faire Wahlen» abzuhalten. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist nicht absehbar. Der Putsch hat ausserdem das Vertrauen in die fragilen demokratischen Institutionen schwer gedämpft. Bauer sieht weiters die Waffenstillstandsabkommen mit den vielen ethnischen Rebellen Gruppen im Land in Gefahr.

USA / China

Spannungen
in Südostasien

Erstmals seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Joe Biden haben die USA ein Kriegsschiff durch die Strasse von Taiwan geschickt. Wie die US-Pazifikflotte mitteilten, durchquerte der Zerstörer «USS John S. McCain» die Meerenge zwischen dem chinesischen Festland und der Insel Taiwan im Rahmen einer Routinemission. Das fand Ende Januar statt. Die Führung in Peking dürfte den Vorgang als Provokation empfinden.

Die Regierung in Peking erklärte, sie beobachte die Situation «genau». China bleibe «in höchster Alarmbereitschaft» und werde «zu jeder Zeit auf alle Bedrohungen und Provokationen» reagieren und «seine Souveränität und territo-

riale Integrität entschlossen sicherstellen», sagte der Sprecher des chinesischen Ausserministeriums, Wang Wenbin.

Gleichzeitig soll China Luftangriffe auf einen Flugzeugträger der USA simuliert haben. Das berichtet die «Financial Times». Während sich die «USS Theodore Roosevelt» im Rahmen eines anderen Manövers im südchinesischen Meer

befand, habe die Volksbefreiungsarmee am 23. Januar 2021 elf und am Tag darauf 15 Flieger in die gleiche Gegend geschickt, teilt das Verteidigungsministerium von Taiwan mit. Man habe Cockpit-Gespräche von Piloten der H-6-Bomber hören können, die Befehle für ein simuliertes Anzielen und Auslösen von Raketen bestätigten.



Die in Japan ansässige «USS John S. McCain».

Bild: US Navy

Das chinesische Manöver habe die US-Schiffe zu keiner Zeit bedroht, teilte das Indopazifische Kommando der USA mit. Das Ausserministerium in China sprach von einer Machtdemonstration der USA, die nicht förderlich für den Frieden in der Region sei.

Nachdem Trumps Ausserminister Mike Pompeo die Wiederaufnahme von bilateralen Beziehungen mit Taiwan angekündigt hatte, wird der Ton Chinas gegenüber Taiwan und den USA rauer. China hatte bereits kurz nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan von einer «harten Strafe» und einem möglichen «Gegenangriff» gesprochen. Der neue US-Präsident scheint Trumps Kurs in dieser Sache zu bestätigen.

USA / Lateinamerika

Schmusekurs
ohne Liebe

In den acht Jahren seiner Vizepräsidentschaft fungierte Joe Biden als wichtigster Emissär der Vereinigten Staaten in Lateinamerika und der Karibik. Insgesamt reiste er 16-mal in die Region. Zu einer Art Krönung geriet im Dezember 2016 seine letzte Reise in die kolumbianische Stadt Cartagena: Biden gratulierte dem kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos zu seinem unter grossen Anstrengungen erlangten Friedensabkommen mit der marxistisch-leninistischen Guerillabewegung FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens).

Heute sieht es anders aus: Joe Biden wird es mit einem Lateinamerika zu tun haben, das von politischen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Krisen erschüttert wird, vom

Erbe der Regierung Trump einmal ganz zu schweigen.

Viele Menschen in Lateinamerika haben Bidens Wahl unterstützt, nachdem sie von der Regierung Trump beleidigt, schikaniert und für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert worden waren. Biden hatte Trump vorgeworfen, die Führungsrolle der USA aufgegeben zu haben, und eine Rückkehr zu gemeinsamer Verantwortung, gegenseitigem Respekt und Partnerschaft angemahnt. Seine Ablehnung von Trumps «America first»-Ideologie und sein Versprechen, das multilaterale System wiederzubeleben, wird in der Region grossen Anklang finden.

Doch nicht ganz Lateinamerika ist erleichtert über Trumps Abwahl. Nicht wenige Regierungen in der Region wussten Trumps transaktionalen Politikstil durchaus zu schätzen. Zu ihnen zählt nicht nur Prä-

sident Jair Bolsonaro aus Brasilien, sondern auch der linke mexikanische Staatschef André Manuel López Obrador; beide brauchten Wochen, bis sie Bidens Sieg anerkannten.

Biden wird zur Bewältigung der Krisen, um die er sich wohl sehr schnell kümmern muss, auch mit den widerspenstigen lateinamerikanischen Staatschefs Kooperationen eingehen müssen. Eine der grössten Gefahren ist eine Zunahme der Migration in die Vereinigten Staaten, die von Armut, Gewalt und Korruption im Nördlichen Dreieck Mittelamerikas, von der Pandemie und von den jüngsten Wirbelstürmen ausgelöst werden könnte. US-Präsident Joe Biden hat angekündigt, vier Milliarden Dollar zu investieren, um die Wurzeln der Migration zu bekämpfen.

Auch das anhaltende Chaos in Venezuela macht eine Koordination mit lateinamerika-

nischen Partnern erforderlich. Nicolás Maduros verheerendes wirtschaftliches Missmanagement geht mit einer systematischen Aushöhlung der demokratischen Institutionen im Lande einher. Daraus folgt nicht nur eine humanitäre Notlage in Venezuela, sondern auch die grösste Flüchtlingskrise in der Geschichte Lateinamerikas.

Wie Amanda Hays, Expertin für Interamerikanische Beziehungen am Peterson Institute in den USA, sagte: «Um die US-Führung in Lateinamerika wiederherzustellen, wird ein kurzfristiges Krisenmanagement nicht ausreichen. Washington muss eine langfristige Vision entwickeln, die die strategische Bedeutung der Region für die Vereinigten Staaten berücksichtigt.»

Pascal Kohler,
Henrique Schneider